

# Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf. Durch Postträger 1.40 Mk. für die Woche, 6.—Mk. für den Monat. Durch die Post: 6.10 Mk. für den Monat.  
Verlagskonto: Nr. 23885 „Sozialistischer Verlag“ s. O. m. b. H., Berlin.  
Anzeigenpreise: Die gewöhnliche Kleinzeile über deren Raum 0.00 Mk., anwärts 1.00 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche Familiennachrichten Verlobungs- und Heiratungsanzeigen 0.50 Mk. Reklame: Die Reklamzeile, halbspaltig über deren Raum, hinter Letz 3.—Mk.

## Die Rüstung der Weltreaktion!

### Englisches Kriegsmaterial für Polen.

Kopenhagen, 28. Oktober. Hier ist der englische Dampfer „Greenwich“ angekommen. Man vermutet, daß er bestimmt ist, Kriegsmaterial nach Polen zu führen.

### England in den Randstaaten.

Rowno, 28. Oktober. In Litauen sind in letzter Zeit die Engländer ganz besonders rührig geworden. Englische Firmen (Stahnhause, Worsley & Co., Ltd.), die hier Niederlassungen haben, haben besonders seitens der Regierung große Bestellungen erhalten und andererseits große Käufe gemacht. Es geht in litauischen Amtsstellen die Rede davon, daß die Engländer ein Monopol für Lieferung an die litauische Regierung anstreben und zu bekommen Aussicht haben.

### Englands Verhandlungen mit den Gegenrevolutionären.

Riga, 28. Oktober. An der Konferenz, die in Riga zwischen England und der Ukraine stattgefunden hat, um ein antibolschewistisches Bündnis zu bilden, hat auch Sawintow teilgenommen und außerdem war noch ein nicht offizieller Repräsentant der litauischen Regierung anwesend. Die Repräsentanten der südrußischen Republik, der Regierung Zentrallitauens und Ostlands sollen nach Riga kommen, um offiziell an den Verhandlungen teilzunehmen.

### Französische Instrukteure in Wrangels Armee.

Moskau, 28. Oktober. Georgische Zeitungen bringen die Nachricht, daß zahlreiche französische Instrukteure in der Armee eingetroffen sind, um Baron Wrangel zu helfen.

### Weißgardistische Transporte in Norwegen.

Christiania, 28. Oktober. „Sozialdemokraten“ spricht heute darüber, daß in diesen Tagen ein russischer Truppentransport durch Norwegen geht. So sei Dienstag eine Truppe von 60 Russen gekommen. Sie reisten weiter nach Bergen, von wo sie nach Newcastle eingeschifft werden, und von da nach Weißrußland sollen. Die Soldaten gehören zu Wrangels Armee.

### Besondere Mission Gutschows in Amerika.

A. S. Gutschow, der bekannte russische Oktoberrevolutionär und frühere Kriegsminister, befindet sich auf der Rückreise aus Sewastopol nach Berlin. Von hier wird er sich auf Aufbruch der Wrangelregierung in besonderer Mission nach Washington begeben. In Anbetracht der immer entscheideneren antibolschewistischen Haltung der Vereinigten Staaten wird dem neuen Auftrage Gutschows in russischen Kreisen größere Bedeutung beigemessen.

### Pettjura und der Papst.

Stockholm, 29. Oktober. Zu den Beziehungen Pettjuras zu den Freimaurern und dem Papste, welche unangenehm von Trotski enthüllt wurden, wird aus Moskau erregend gemeldet: Die Verbindung zwischen Pettjura und dem Papst wurde durch den ultraroyalistischen Grafen Tistewitsch hergestellt. Das Projekt zerschlug sich, da Pettjura die Macht verlor. Sein Satiriker wollte Pettjura überreden, der Mitglied einer Freimaurerloge ist und gleichzeitig mit dem Vatikan in Unterhandlungen steht, während er mit dem ersten Führer der deutschen protestantischen Gegenrevolution zur selben Zeit in engster Fühlung ist.

### Der Klassenkampf in Italien.

Beide Teile, Bourgeoisie wie Proletariat, setzen ihren Kampf fort. Gegenwärtig liegt die Initiative bei der Reaktion, in deren Dienst sich die Regierung Giolitti mit aller Offenheit gestellt hat. Nach Malatesta wurde auch er verhaftet, der Anarchist Edmonds Petrus schwächelte in Bologna im Gefängnis. Vor dem Schwurgericht wurden Teilnehmer an den Kämpfen, die sie im Dezember des vorigen Jahres in Mantua abspielten, zu insgesamt 78

Jahren Gefängnis verurteilt. In Bologna wurde der Landestonngreß der italienischen Syndikalistunion von Polizei aufgelöst und sämtlich: 31 Delegierten sowie alle Berichtserhalter und Schreibmaschinistinnen verhaftet. In Genua wurden bei allen „aufständischen Elementen“ Hausdurchsuchungen abgehalten und sämtliche Bilder Lenins, Drucksachen, Schriftstücke beschlagnahmt. Überall finden Verhaftungen statt. Vor dem Schwurgericht in Florenz beginnt ein Prozeß gegen das Zentralkomitee der Sozialistischen Jugendföderation, in deren Lokal antimilitaristische Manifeste aufgefunden wurden.

In Biadello kam es zu Tumulten zwischen Karabinieren und Sozialisten, die eine öffentliche Versammlung abhielten. Die Sozialisten erhielten bei den Gemeindevahlen bisher in über 1200 Kommunen die Mehrheit; dadurch fallen ihnen eine Reihe wertvoller Verwaltungsapparate und Machtmittel in die Hände, wenngleich dieser Erfolg wegen der zahlreichen sozialreformistischen und zentristischen Gemeindevereiter nicht überschätzt werden darf.

Um die bevorstehenden, schweren Klassenkämpfe mit dem äußersten Nachdruck durchführen zu können, hat sich in Bologna ein Vollzugsausschuß gebildet, bestehend aus Vertretern der Sozialistischen Partei, der Anarchistenföderation, des Kriegsteilnehmerbundes, der Gewerkschaften, der Syndikalistunion, der Eisenbahner, Seeleute und Hafenarbeiter. Diese Organisationen wenden sich in einem gemeinsamen Aufrufe: An alle Proletarier der Kasernen, Fabriken, Felder und zur See“, in dem es heißt: „Unsere Losung heißt: Verteidigung der erungenen Positionen und Fortsetzung bis zur vollständigen Niederwerfung des Ausbeutertums. Der Kleinbürgerliche Traum des Ministerpräsidenten Giolitti, die Bourgeoisie zu retten, indem er das Proletariat mit Reformen einschläfert, hat Schiffbruch erlitten. Die Manifestationen vom 14. Oktober haben die Stärke des Proletariats erwiesen. Bauern und Arbeiter! Legt die Waffen nicht nieder, erschlaßt nicht! Seid wachsam und bereit! Das Proletariat muß den Kampf verschärfen und seine Vorbereitungen treffen.“

### Orgesch!

Die „Leipziger Volkszeitung“ teilt mit, daß sich die Konterrevolution auch in Leipzig einen Stützpunkt geschaffen hat. Die „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlicht zum Beweis ein Protokoll, dessen Tatsachenmaterial bereits dem Minister Kühn vorgelegen habe. Dessen Nachprüfungen hätten die völlige Nichtigkeit des Materials ergeben und darüber hinaus noch neue belastende Tatsachen ans Licht gebracht. Das in der „Volkszeitung“ veröffentlichte Protokoll lautet:

Auch Leipzig hat konterrevolutionäre Trabanten. Durch längere Beobachtungen fanden wir die Tatsachen bestätigt, die uns am 24. Juli in dieser Hinsicht gemacht wurden. Man teilte uns damals mit, daß sich in Leipzig eine geheime militärische Organisation, sogenannte „Orgesch“, gebildet habe. Sie nennt sich auch „Deutscher Hort zum Schutz des nationalen Bürgerturns“. Mitglieder sind nur frühere Offiziere und Studenten aus schlagenden Verbindungen. Die Durchbildung dieser geheimen Organisation nach militärischem Muster ist dem Hauptmann Jakobson (Generalspüler) übertragen worden. Jakobson sollte aus diesem Grunde von Naumburg nach Leipzig übersiedeln.

Militärische Leiter für Leipzig sind: St. Rötter, Sohn des Hofrats Rötter, Leipzig, Rechtsanwalt Dr. Dahlen, Robert-Schumann-Straße 2, St. Frenzel, Rabensteinplatz 2, St. Langer, Petersstraße 30, 3, St. Winkler, Wohnung konnte noch nicht festgestellt werden und St. Fahlberg, Pfaffenborfer Str. 12. Verbindung mit Dresden wird durch Major Helm, mit Chemnitz Oberlehrer Ebersbach, Gutenbergstr. 20, unterhalten. Hauptleiter für Leipzig ist Kassenassessor Säuber, E. Gohlis, Mühlstraße 12, 8. Derselbe ist auch Vorstandsmitglied des Bürgerturns für Sachsen.

Häuber hat mit St. Fahlberg das Spitzelwesen in der Stadt. Die Orgesch sind meist R. P. D.-Leute, zwei davon sind bei der U. S. P. D. organisiert, nämlich Kothke und Hausen (scheinbar sind diese beiden Namen falsch). Kothke ist übermittlere Figur, blond, trägt Schnurrbart, markantes Gesicht. Er bringt die besten Meldungen.

Sitzungen der Zentralleitung finden in der Villa Paul Mayer, Robert-Schumann-Straße 9, 1, gewöhnlich in der Zeit von 3—7 Uhr nachmittags statt.

Die Organisation erstreckt sich über ganz Deutschland, sie wird vom Hofrat Eicherich, Bayern, geleitet. Von da gehen die Fäden bis zu Major Wilschoff, Budapest und Oberst Bermon. Letzterer wohnt in der Nähe von Goslar in einem Schloß als Gast.

Die Verbindung in Leipzig mit der Reichswehr wird durch Adjutant St. Ritter hergestellt. Waffenlager in der Stadt sind keine vorhanden.

Der damals aufgestellte militärische Aufmarschplan war folgender: Von Mühlhausen i. Th. über Leipzig bis Döbeln ist durch Untergruppen in den verschiedenen Ortschaften eine Art Gefechtsfront gebildet. In jedem Ort Westdeutschlands ist eine Vertrauensperson vorhanden. Bei Generalstreik oder Putsch, die möglichst bald zu fördern sind, besteht die Absicht, alle in dieser Geheimorganisation zusammengefaßten Kräfte, die genau nach Art der militärischen Stammrollen registriert sind, in dem Lager Zeithain zusammenzuführen. Für Waffen aller Art, Lebensmittel, Schanzzeug, Beförderungsmittel ist gesorgt. In Zeithain will man sich ungefähr 14 Tage halten. (Auf der vorgelegten Karte war es als „verhöhlertes Lager Zeithain“ eingetragener.) Dann soll ein Gewaltvorstoß gegen die „rote Armee“ links der Elbe gemacht werden, um Verbindung mit Hannover herzustellen, gelangt dieses, dann soll wieder ein nationales Deutschland errichtet werden, um dann in Verbindung mit Frankreich einen Stoß gegen Rußland zu unternehmen. Auch dort soll ein „nationales Rußland“ errichtet werden.

Geld für den Ausbau dieser Organisation wird von französischen Großbanken gegeben. Verbindungsperson mit diesen Banken ist Oberst Vermont. Die Absicht dieser Geldgeber ist, mit Hilfe dieser Organisation ihr in Rußland vor dem Kriege angelegtes Kapital zu retten.

Die Stärke der Orgesch in Sachsen ist ungefähr zwei Friedensarmekorps.

Die Unterverbände in Leipzig werden unter den Namen von Sportvereinen geführt, deren Zusammenkünfte sehr oft im Kageraal des Thüringer Hofes stattfanden, aber immer unter Leitung eines Offiziers. Eine Untergruppe, bestehend aus 350 früheren Offizieren, nennt sich „National-Volksbewußten“, die mit allen Kräften am Sturz der jetzigen Regierung und an der Verwirklichung ihres oben angeführten Ziels arbeiten.

Verbindung mit den früheren Zeitkorps ist überall vorhanden, auch stehen genügend Flugzeuge für Aufklärungsdienste und Bombenwerfen zur Verfügung.

Am 2. August wollte man anlässlich der Bismarck-Krawalle den Apparat in Tätigkeit treten lassen. Der Bezirk Niederschlesien war schon geheim alarmiert. Es wurden aber Bedenken geäußert, da die Organisation noch nicht fest genug war, um einen endgültigen Erfolg zu verbürgen. Zum Schluß sei noch festgestellt, daß sämtliche hier angeführten Personen mit geladenen Revolvern in der Tasche ausgehen. Auch in ihren Wohnungen haben sie stets den entschulten Revolver zur Hand.

### II.

Aus Prenzlau meldet der „Vorwärts“ unter diesem Titel in der deutschen Republik nicht mehr eskalierende Vorgänge bei der dortigen Waffenablieferung und verlangt ein sofortiges Einschreiten des Reichskommissars.

Den Angaben des sozialistischen Blattes zufolge soll der Waffenmeister des dort liegenden 1. Bataillons des Reichswehrregiments 5 den größten Teil der Waffen nicht vernichtet, sondern beiseite geschafft haben.

Tausende von Gewehren und größeren Waffen sollen in Boden- und Kellerräumen untergebracht und zum Teil bereits wieder abgeholt und verschoben sein.

Auch Offiziere sollen nach dem sozialistischen Blatt mit diesen Vorgängen in Verbindung stehen.

Es ist nicht schwer, zu erraten, in wessen Hände die abgelieferten Waffen geraten werden. Die Orgesch braucht für den Kampf um die Monarchie, für die Niederwerfung des Proletariats, für die Errichtung des weißen Reiches der Herr über Deutschland angelegte Dingen von Waffen.

Eine Bauernarmee soll auf die Arbeiter gelehrt werden, um in Deutschland ein Gotha-Regime aufzurichten, in dem Sündenbuh der Plaghalter für die Hohenzollern oder Wittelsbacher sein wird.

### III.

Die Enthüllungen über die Münchener Mörderzentrale geben die Aufklärung zu einer bisher rätselhaft scheinenden Morbidat. Ein Dienstmädchen Namens Sandmeyer war auf einem Schlosse, in dem sich ein Waffenlager befand, bebiestet. Es wurde eines Abends von einem Manne, der angeblich zur Waffenkommission gehörte, aus dem Schloß weggeführt und wurde am nächsten Morgen in einem Walde erdrosselt aufgefunden. Unter der Leiche war ein Zettel aus Wappe mit der Aufschrift: „Du Schandweib hast verraten das Vaterland, dafür wirst du gerächt von schwarzer Gaud.“

### IV.

Der Redakteur der kommunistischen „Neuen Zeitung“ München, Fritz Schicht, ist vom Münchener Volksgericht wegen fortgesetzten Vergehens der Aufreizung zum Klassenhaß und der Aufforderung zum Hochverrat zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden!!! Die Anklage stützte sich auf verschiedene Artikel und Aufrufe.

## Ein Jahr Entwicklung im Deutschen Metallarbeiterverband.

Von Richard Müller.

Vor Jahresfrist tagte in Stuttgart die 14. ordentliche Generalversammlung der Metallarbeiter, die nicht nur in Arbeiterkreisen, sondern auch weit darüber hinaus das lebhafteste Interesse erweckte. Der jahrelang innerhalb der Gewerkschaften geführte Kampf gegen die Politik und den Bürokratismus der Gewerkschaftsführer hatte zu einem vollen Erfolge der Opposition geführt. Diese verfügte auf der Generalversammlung über eine starke Mehrheit und hatte es in der Hand, ihren Willen durchzusetzen. Diese Tatsache wurde hoch bewertet, da es sich um die größte Gewerkschaft der Welt handelte.

Der Novemberzusammenbruch vom Jahre 1918 hatte die Folgen der verbrecherischen Kriesspolitik der Gewerkschaftsinflanzungen offenbart. Die Politik der Gewerkschaftsführer vom November 1918 bis Oktober 1919 mit dem Abschluß der Arbeitsgemeinschaften, als Fortsetzung des Burgfriedens, und die Unterstützung der Roskepolitik zeigten eine konterrevolutionäre Tendenz. Bei der Wahl der Delegierten zum Verbandstag wurden die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten unter der Parole Demokratie oder Räte system, ausgeglichen. Die Generalversammlung hatte es in der Hand, nicht nur mit der alten Gewerkschaftsrichtung abzurechnen, sondern der gesamten deutschen Gewerkschaftsbewegung neue Wege zu zeigen.

Während der Verhandlungen, wie auch in einer von Robert Dismann vorgelegten und vom Verbandstag angenommenen Resolution wurde die Politik der Gewerkschaftsinflanzungen als „verwerflich“ gebankrott und die „hohe Contracht“ der Gewerkschaftsführer mit den „Widerfahrern der Arbeiterklasse“, den Kapitalisten, als ein Hemmnis des proletarischen Befreiungskampfes inmitten der Revolution bezeichnet.

Der Verbandstag begnügte sich nicht mit der Verurteilung der Politik der alten Gewerkschaftsbürokratie, er gab der Organisation auch eine neue Kampf- und Organisationsbasis, indem er die von mir vorgelegte programmatische Erklärung annahm.

Durch die Annahme dieser Erklärung sprach der Verbandstag aus, daß die Arbeiterklasse sich nicht mit geringen Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse innerhalb des kapitalistischen Klassenstaates begnügen kann, sondern daß sie den Kampf um die Produktionsmittel mit aller Schärfe führen muß, einen Kampf, der als politischer Kampf anzusehen ist. Der Verbandstag forderte weiter den Zusammenschluß aller Hand- und Kopfarbeiter zu einer gewaltigen Kampforganisation. Er sprach aus, daß die sich aus den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen ergebenden Forderungen von den herrschenden Partei- und Gewerkschaftsorganisationen allein nicht geführt werden können, sondern daß durch das Räteystem alle Kräfte des arbeitenden Volkes zum Kampfe vereinigt werden müssen. Der Verbandstag lehnte auch jede Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum ab und erklärte nur das durch die wirtschaftlichen Kämpfe erforderte Verhältnis an.

Heute, nach Jahresfrist ist es genug bezeugt und wohl auch notwendig, einmal die Entwicklung zu verfolgen, die sich innerhalb des Metallarbeiter-Verbandes vollzogen hat. Dies ist umso notwendiger, da man vor Jahresfrist erwartete, daß der Metallarbeiter-Verband, stehend auf einer revolutionären Grundlage, zu einem Ziel werden würde, an dem die gesamte revolutionäre Bewegung innerhalb der Gewerkschaften einen festen Stützpunkt fand. Das hier aufgeführte die deutsche Arbeiterbewegung, soweit sie die Gewerkschaften betrifft, bezeugt werden von einer längeren Periode und dem revolutionären Klassenkampf angeführt werden.

Die großen Hoffnungen, die die revolutionäre Gewerkschaft auf den neuen Vorstand des Metallarbeiter-Verbandes, der den Willen der Generalversammlung zur Tat werden lassen sollte, setzen, wurden sehr bald zerstört. Bereits innerhalb der ersten Tage nach der Generalversammlung wurde von der bürgerlichen und konterrevolutionären Tagespresse ein Rundschreiben des neuen Vorstandes an die Bezirksleitungen und Ortsvereinigungen bekannt gegeben, in dem es heißt, daß die Politik des Verbandes dem in Stuttgart gewonnenen Ziel, daß weitere Kampforganisationen zu bilden, entgegensteht nicht mehr erzielbar seien, alle weiteren Kampforganisationen müssten auf dem Verhandlungswege durchgeführt werden müssen. In der Tat ist es notwendig zu, daß eine Organisation nicht nur in Stuttgart, sondern in allen Teilen Deutschlands und in allen Gewerkschaften die in ihrem Bestehen die Interessen der Arbeiter

so auf den Markt trägt, wie es in diesem Rundschreiben geschah und den Gegnern seine augenblickliche Schwäche zeigt, dann offenbart er eine Unfähigkeit, die nicht mehr überboten werden kann.

Man könnte dieses Rundschreiben als eine Ungeschicklichkeit bezeichnen, wenn sich darin nicht zugleich eine grundsätzliche Auffassung über die Politik und Taktik einer revolutionären Gewerkschaft während der sozialen Revolution offenbarte. Dem neuen Vorstand war der Auftrag gegeben worden, Politik und Taktik des Verbandes den Erfordernissen des revolutionären Klassenkampfes anzupassen. Durch das Rundschreiben gab er bekannt, daß er genau wie seine Vorgänger den revolutionären Klassenkampf führen will nach dem jeweiligen Stand der Organisationsfrage.

Jedermann weiß, daß eine Gewerkschaft bei ihren Kämpfen Rücksicht auf die jeweiligen Klassenverhältnisse nehmen muß. Für jeden revolutionären Sozialisten ist es aber klar, daß eine Gewerkschaft, die die Kämpfe nur nach dem Stande der Organisationsfrage abmisst, das nicht erfüllen kann, was die Generalversammlung der Metallarbeiter gefordert hat, nämlich: ein Vorwärtstreiben der Revolution. Die alten Gewerkschaftsinflanzungen halten an den Kampfmethoden der Vorkriegszeit fest. Vor Beginn eines jeden Kampfes unteruchen sie den Inhalt ihres Geldschranks. Dieser ist maßgebend dafür, ob ein Kampf geführt werden soll oder nicht. Eine solche Politik muß die proletarische Revolution hemmen. Will eine Gewerkschaft den revolutionären Klassenkampf führen zum Vorwärtstreiben der Revolution, dann muß sie andere Kampfmethoden anwenden, diese zu suchen und anzuwenden war die Aufgabe des neuen Vorstandes des D. M. V.

Die Verbandsgeneralversammlung hatte die ökonomischen Vorbedingungen der Revolution anerkannt, hatte außerdem ausgesprochen, daß innerhalb des kapitalistischen Klassenstaates das Proletariat sich nicht mit Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zufrieden geben kann, daß vielmehr der Kampf geführt werden müsse zum Sturz des Kapitalismus. Gerade diese Stellungnahme der Generalversammlung und die von ihr geforderten Kampfmethoden führten zu grundsätzlichen Differenzen, die den Sturz des alten Vorstandes zur Folge hatten und den neuen Vorstand brachten. Die Aufgaben des neuen Vorstandes waren somit klar und scharf durch die Beschlüsse der Generalversammlung vorgezeichnet.

Das Rundschreiben des Vorstandes hatte äußerlich zunächst nur symptomatische Bedeutung für die Politik und Taktik, die eingeschlagen werden sollte. Aber wer nicht nur das Rundschreiben kannte, sondern auch die sonstigen Maßnahmen des Vorstandes, der sah, daß die alte, vom Verbandstag schon bekämpfte und verurteilte Politik konsequent fortgesetzt wurde. Es war deshalb auch ganz logisch und folgerichtig, daß in der ersten Sitzung des erweiterten Beirats vom 20. Februar 1920 nach der programmatischen Rede Dismanns der Rechtssozialist Schulenburg aufstand und erklärte: „Alles, was Dismann vorgetragen hat, kann ich unterschreiben; es ist das, was wir schon immer vertreten haben. Heute hat Dismann bewiesen, daß wir im Rechte sind, und daß das, was Dismann früher vertrat, nicht richtig war.“

Die Gegenläufe, die sich vor dem Stuttgarter Verbandstag und auf demselben zwischen den Anhängern der alten Gewerkschaftsbürokratie und den Vertretern des revolutionären Klassenkampfes zeigten, und die ihren Niederschlag in der Zusammenfassung des neuen Vorstandes fanden, sind heute, soweit der neue Vorstand in Betracht kommt, nicht mehr vorhanden. Wohl schämten sich die „revolutionären“ Mitglieder des Vorstandes mit einer revolutionären Parästologie, die aber nicht mehr über den realen Charakter ihrer Politik hinwegzutäuschen vermag. Wenn diese Mitglieder des Vorstandes vor Jahresfrist die Politik Legies und Schliedes als konterrevolutionär bezeichneten, so darf man heute ihrer Politik dieselbe Note geben, denn ein Unterschied ist nicht vorhanden.

Wer die Klar, und für einen Gewerkschafter in der Praxis immerhin etwas harte Grundlage des revolutionären Sozialismus verläßt, und will dem Reformismus ein Bündnis sucht, der betriff die höchste Ebene, auf der es keinen Halt gibt. In dieser wenig beneidenswerten Lage befindet sich auch der neue „revolutionäre“ Vorstand des D. M. V.

Die Generalversammlung legte sich auf das Räteystem fest. Sie wollte durch dasselbe alle Hand- und Kopfarbeiter zu einer gewaltigen Kampforganisation vereinigen. Sie stellte sich damit in schärfsten Gegensatz zum Nürnberger Gewerkschaftskongreß, der die Politik der alten Gewerkschaftsbürokratie, die Politik der Arbeitsgemeinschaften, der Klassenharmonie anerkannte. Als Träger des Räteystems zur wirtschaftlichen Betätigung können nur die Betriebsräte gelten, während diese nach den Beschlüssen des Nürnberger Gewerkschaftskongresses zu Werkzeugen der Arbeitsgemeinschaft gemacht werden sollen. Die Durchführung der Beschlüsse der Verbandsgeneralversammlung verpflichtete den Vorstand, für die Wahl revolutionärer Betriebsräte einzutreten und deren organisatorische Zusammenfassung nach den Grundzügen des Räteystems anzusetzen. In beiden Fällen stellte sich der Vorstand auf die von I. O. S. R. ausgesprochenen Richtlinien, die sich in allen Teilen an die Beschlüsse des Nürnberger Gewerkschaftskongresses halten und in Widerspruch zu den alten Richtlinien der Generalversammlung der Metallarbeiter stehen.

Man konnte in letzter Zeit sehr häufig eine furchtbare Verleugung des Rätegedankens beobachten. Heute, die sich vor Jahresfrist als laienhaftester Vertreter des Räteystems bezeichnete, und zunächst und schließlich erklärte, was sie darunter verstand, behauptete heute eine Auffassung, die das Gegenteil von dem ist, was sie vor Jahresfrist vertreten hat. Ich will hier jedoch dieser Verleugung nicht eingehend nachgehen — das ist im Rahmen dieses Artikels nicht möglich. Soweit Gewerkschafter in Frage kommen, haben sich diese „konsequente“ Anhänger des Räteystems, ohne daß sie sich dessen bewußt gewesen sind, mit ihren früheren Gegnern auf dem Boden der Konterrevolution wieder

Die Generalversammlung der Metallarbeiter stellte sich auf den Boden des Räteystems und lehnte folgerichtig jede Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum ab. In der Nr. 31 der „M. Z.“ vom 31. Juli verkündet ein „revolutionäres“ Mitglied des neuen Vorstandes freudbestrahlend, daß der Metallarbeiterverband sein Recht auf eine Vertretung in wichtigen Körperschaften erhalte unter voller Wahrung seines, die Arbeitsgemeinschaft ablehnenden Standpunktes. Dieser „Revolutionär“ freut sich, daß der Verband nunmehr seine Vertreter in den „Eisenwirtschaftsbund“ entsenden darf. Jedes politische Kind weiß, daß der „Eisenwirtschaftsbund“ eine paritätische Arbeitsgemeinschaft ist. Tatsächlich erschienen am 27. Juli unter Führung Schließebis als Vertreter des D. M. V. in der Sitzung der „Eisenwirtschaftsbundes“, nahmen neben christlichen, kirchlichen, Dunterschen und gelben Führern am Tische der Arbeitsgemeinschaft Platz, und ließen aus ihrer Mitte den zweiten Vorsitzenden dieser Arbeitsgemeinschaft wählen.

Die „revolutionären“ Mitglieder des Vorstandes des D. M. V. gehören mit einer Ausnahme zur Richtung Crispian Hilferding und nennen sich noch U. S. P. D. Diese U. S. P. D. hat auf ihrem Parteitag im Zoologischen Garten zu Hall ein Manifest an das deutsche Proletariat erlassen, in dem es heißt: „... Die Partei verpflichtet ihre Vertreter in den Gewerkschaften und Betriebsräten unabhängig die Politik der Arbeitsgemeinschaften zu bekämpfen, sie lehnt alle paritätischen Selbstverwaltungskörper ab und erblickt in einer von diesen getragenen „Planwirtschaft“ auf kapitalistischer Grundlage eine schädliche Illusion, die die Arbeiterklasse vom Kampf um den Sozialismus ablenkt.“ Dieser Beschluß wird das Gewissen der Mitglieder des Vorstandes, die im „Eisenwirtschaftsbund“, dem Selbstverwaltungskörper für die Eisenwirtschaft, sitzen, nicht allzuschwer belasten, denn im Lager der Opportunisten nimmt man es mit der Theorie und Praxis nicht so genau.

Mancher wird sich fragen, wie ist eine solche Entwicklung möglich? Innerhalb eines Jahres eine vollständige Preisgabe alles dessen, was mit großen Worten vertreten wurde. Wir haben es hier nicht mit einem psychologischen Rätsel zu tun, sondern mit einer ganz natürlichen Entwicklung, welche ich bereits vor Jahresfrist im Kreise der Opposition voraus gesagt habe. Den Beteiligten fehlte die geistige Orientierung, sie folgten dem revolutionären Zuge der Zeit, ohne sich innerlich um revolutionären Marxismus durchgerungen zu haben. Die praktische Gewerkschaftsarbeit, die nur von einem innerlich festen und überzeugten revolutionären Marxisten aus ihrer alten Bahn geleitet werden kann, zieht jeden, der nur an der Oberfläche stehen bleibt, zurück zum Ausgangspunkt der Politik, die die Richtung Legies vertritt, zurück zur Demokratie, zur Arbeitsgemeinschaft. In welchem Maße das bei den Mitgliedern des Vorstandes des D. M. V. geschehen ist, beweisen die Ausführungen, die Robert Dismann am 7. Oktober auf dem Reichskongreß der Betriebsräte machte, als er über die Aufgaben der Betriebsräte sprach. Er erörterte dabei die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse und führte nach dem Bericht der Berliner „Freiheit“ folgendes aus:

„... Unsere Haltung müssen wir von dem Gesichtspunkt bestimmen lassen, daß die Aufrichtung des zerstörten Wirtschaftslebens ermöglicht wird. Es ist nun die Frage aufzuwerfen, ob sich im gegenwärtigen Augenblick der Sozialismus verwirklichen läßt. Ich gehe aber weit und frage: Ist die Arbeiterklasse für den Sozialismus reif? Da sage ich, daß dem Proletariat die Reife eben fehlt wie im Jahre 1914, wo die ökonomischen Grundbedingungen zur Verwirklichung des Sozialismus günstiger als jetzt waren. Heute ist der Wirtschaftskörper zerstört, die Klasse des arbeitenden Volkes steht vor dem Abgrund der größten Not. Dadurch ist ein Faktum geschaffen, das wir mit in unsere Erwägung ziehen müssen. Und das weitere ist, daß die Moral der Menschen durch den Krieg und dessen Folgeerscheinungen nicht gebessert worden ist. Wir brauchen aber eine Gesundung des Wirtschaftskörpers, denn der Sozialismus braucht reale Unterlage. Er läßt sich nicht mit Knüttel und harter Gewalt einführen.“

Diese Ausführungen beweisen mit aller Klarheit, daß der Vertreter des Vorstandes des D. M. V. die ökonomischen Vorbedingungen der Weltrevolution und des Sozialismus als nicht gegeben erachtet. Er vertritt dieselben Argumente, die wir seit Jahren von den Rechtssozialisten hören konnten, er geht noch einen Schritt weiter nach rechts. Wiederholt haben rechtssozialistische Tageszeitungen auf die Wandlungen in der grundsätzlichen Auffassung des Vorstandes des D. M. V. hingewiesen. Wiederholt haben sie die Politik die Anerkennung ausgesprochen und dabei betont, daß es Unrecht gewesen sei, die alten Führer zu beseitigen.

Wenn heute der Vorstand des D. M. V. dieselbe Politik treibt, wie sie von Schilde und Legies vertreten wird, so damit noch nicht bewiesen, daß diese Politik richtig ist. Gerade die Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse innerhalb der hinter uns liegenden Jahre haben bewiesen, daß die revolutionären Grundzüge, die die Generalversammlung vor Jahresfrist aufstellte, richtig sind, und daß die Politik und die Taktik des Verbandes darauf eingestellt war.

Was heute vom Vorstand des D. M. V. vertreten wird ist der Reformismus der Rechtssozialisten und der Gewerkschaftsinflanzungen, verhält sich durch eine revolutionäre Phrasologie. Wie weit diese „revolutionäre“ Phrasologie getrieben wird zeigt sich in der Behauptung: man könne nur mit gewaltsamen Methoden die Unternehmerrückstände und die Zerfallerscheinungen der kapitalistischen Gesellschaft bekämpfen. Eine solche Politik ist verhängnisvoll für die weitere Entwicklung der Revolution.

Die Metallarbeiter haben alle Veranlassung, die weitestgehende Entwicklung in ihrer Organisation aufmerksam zu verfolgen und auf eine Änderung der gegenwärtigen Politik hinzuwirken, indem sie verlangen, daß das vernünftige wird, was der Stuttgarter Generalversammlung der höchsten Instanz der Organisation, gefordert wurde.

Auffallend ist das Verhalten der Stuttgarter Kollegen, die die unbedingten Mitglieder des Vorstandes stellen, die die Möglichkeit, das Recht und die Pflicht haben, die Politik des Vorstandes zu kontrollieren und darauf zu dringen haben, daß die Beschlüsse der Verbandsgeneralversammlung durchgeführt werden.

## Republik Deutschland

### Reichstag.

Sitzung vom 30. Oktober 1920:

Abg. Schiffer (D. D. P.): Nicht besser steht es mit der Sozialisierung. Scheidemann sprach von „vernünftiger Sozialisierung“. Es gibt also auch eine unvernünftige. Zu erwägen ist eine Gewinnbeteiligung der Arbeiter am Kohlenbergbau, und von Herrn Heim haben wir gute Vorschläge in der Art gehört. Aber die beiden Sozialisierungsvorschläge würden nur zu einer neuen Bürokratisierung des Wirtschaftens führen. Wir werden von dem Gesichtspunkt aus an die Prüfung des Problems herantreten, daß die freie Initiative nicht vernichtet wird. Die Frage des Achtstundentages muß überprüft werden. Nur wo eine Förderung der Produktion damit erreicht wird, ist diese Erregungswirtschaft wirklich eine solche. Sonst werden die Arbeiter selbst geschädigt. Das Schlichtungsgefeß muß unbedingt bald kommen, um die verderblichen wilden Streiks zu verhindern. Selber werden immer wieder nur Erwägungen angestellt, aber es fehlt an Entschlüssen.

Der Übergang zur freien Wirtschaft ist sehr schwer. Wir müssen ihn aber durchmachen. Eine schrankenlose Ausdehnung der freien Wirtschaft mit allen Uebertreibungen sollte durch einen Appell an allen Beteiligten, besonders an die Landwirte, aber auch an die Industrie, vermieden werden. Preisabbau allgemein kann allerdings erst einsetzen und damit der Lohnabbau, wenn genügend Güter erzeugt werden. Der Mechanismus unserer Steuergesetzgebung hat bisher versagt. Wir sind der württembergischen Regierung dankbar für die Entschlossenheit, mit der sie das Geleß wahrte. Die Massen freilich hatten Mißtrauen, weil bei ihnen angefangen wurde und bei den anderen nichts geschah. Da hätte man beruhigend einwirken müssen.

Abg. Müller-Franken (S. F. D.): Herr Schiffer hat darauf hingewiesen, daß die Debatte schon vier Tage läuft und man nicht immer auf Einzelheiten zurückkommen soll. Wir setzen unsere Aufgabe darin, die Interessen der Arbeiter zu wahren und im Einklang mit den Interessen anderer Stände zu bringen. (Als Arbeitsgemeinschaft. Die Red. der „Schles. Arb. Zeitung“).

Man kann sich sehr wohl in die tragische Situation des Generals v. Seeckt hineinsetzen, das Offizierkorps von 8000 auf 4000 Angehörige zu verringern. In dieser Hinsicht sind auch Vorwürfe gegen den General nicht erhoben worden. Immerhin wäre es gut, wenn Herr Seeckt sein Gesichtsfeld vom Reichstag in sein Ministerium verlegen wollte.

Die Rede des Genossen Däumig in dieser Sitzung bringen wir ausführlich in einer der nächsten Nummern.

### Neue „revolutionäre“ Aktionen der Hilferdinge.

Das „B. L.“ meldet:

In einer zu Jlmeneau stattgehabten Versammlung der Vertrauensmänner der Sozialdemokratischen Partei, der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei (!!) und der Deutschen demokratischen Partei von Jlmeneau und Umgebung, zu der auf Aufforderung dieser Parteien der provisorische Leiter der Thüringer Staatspolizei, Herr Major Müller-Brandenburg, erschienen war, um über die Gründung und die Aufgaben der Thüringer Staatspolizei zu sprechen, wurde nach dem Referat Müller-Brandenburgs von dem Leiter der deutschen demokratischen Partei im Bezirke Jlmeneau, Stadtverordneten Schulz, folgende Resolution, die dem Staatsrat und dem Landtag von Thüringen übermittelt werden soll, vorgeschlagen und von den Vertrauensmännern einstimmig angenommen: „Die heute in Jlmeneau versammelten republikanischen Vertrauensleute erkennen die Notwendigkeit zur Gründung einer eigenen thüringischen Staatspolizei nach den Grundsätzen des Herrn Majors Müller-Brandenburg an und bitten, den genannten Herrn mit dem Aufbau und der Leitung der Thüringer Staatspolizei zu betrauen.“

Also, die thüringischen Hilferdinge Hand in Hand mit der Rosta- und Gehler-Partei für eine Polizei zum Schutz der kapitalistischen Demokratie! Welch neue „revolutionäre“ Taten der Hilferdinge!

### Echt deutschnational.

Der Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband sendet zu seine Geschäftsführer und Fachvertreter ein „streng vertrauliches“ Rundschreiben, in dem er mittelst, daß vom Reichsarbeitsministerium ein geheimes Erlaß ergangen ist, der bestimmten Kategorien der behördlichen Angestellten eine Erleichterung für Vorschufrückzahlungen gewähren soll. Dann heißt es in dem Rundschreiben wörtlich:

Wir haben den Erlaß nur erhalten auf Grund unserer guten Beziehungen im Reichsarbeitsministerium und müssen bitten, uns diese guten Beziehungen nicht zu verzerren. Es könnte aber möglich sein, daß der beim Reichsarbeitsministerium angestellte Urdat vom 3. B. (des Zentralverbandes der Angestellten), welcher auf der Tagung des 3. B. in Weimar gewesen ist und jedenfalls diesen damals in Arbeit befindlichen Erlaß getarnt hat, in Weimar davon gesprochen hat. Das wäre eine Verletzung des Dienstgeheimnisses, und es wäre uns sehr unangenehm, wenn Sie durch vorläufige Umfragen bei Deuten des 3. B., die in Weimar waren, erfahren könnten, ob dies der Fall ist. Wenn unsere Vermutung zuträfe, so würden wir diesen Spion am 3. B. los werden und andererseits ja unserer Schweigepflicht hinsichtlich dieses Erlasses einbinden sein.“ Ein tieferes Niveau des Kampfes ist nun wirklich nicht mehr möglich.

Man verzagenmüßige sich. Der deutschnationaler Verband unterhält zu einem Angehörigen des Reichsarbeits-

ministeriums unerlaubte Beziehungen, die er sich nicht verzerren will. Um nun die Spur von sich abzulenken und gleichzeitig das ihm unbehagliche Zentralverbandsmitglied im Reichsarbeitsministerium los zu werden, veranlaßt er seine Mitglieder „streng vertraulich“ zu schnüffeln, ob etwa der Vertrauensmann des Zentralverbandes diesem auch Mitteilung gemacht hat. Dann will man diesen Mann, den man als Spion bezeichnet, als den Urheber der Indiskretion denunzieren, um ihn so zu beseitigen.

Die Mitglieder des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes werden umsonst schnüffeln, denn das erwähnte Mitglied des Zentralverbandes hat nichts über den Erlaß berichtet. Er steht nicht auf dem Boden echt deutsch-nationaler Moral.

### Die Heiligen.

In der „Berliner Illustr. Ztg.“ vom 17. Oktober finden wir eine Abbildung, die lebhaft an das kirchliche Mittelalter unter der Herrschaft des verruchten Papstes Alexander Vorigi und seinesgleichen erinnert.

Hindenburg (von dessen 41-jähriger praktischer Betätigung als Christ Millionen Leiden, Siehe und Krüppel ein graußiges Zeugnis abgeben) im Domherrenornat als Ehrendechant des Domstifts Brandenburg! Halleluja!

Dahinter der schweißbedeckte Bubel des Affen von Amerongen, Fürst Bülow, ebenfalls mit der kirchlichen Würde. Zittert, Teutonenfeinde aller Länder! Sie werden um Reranche beten.

## Kapitalistische Wirtschaft.

### Die Legalisierung der Unternehmersabotage.

In einer kombinierten Sitzung des sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Ausschusses des arbeitgemeinschaftlich zusammengefügten Reichswirtschaftsrats wurde eine Verordnung angenommen.

Nach dieser besteht für gewerbliche und Verkehrsbetriebe mit mindestens 20 Arbeitern die Anzeigepflicht der beabsichtigten Betriebsstilllegung oder des Abbruchs von Betrieben, wenn dadurch die gewerbliche Leistungsfähigkeit des Unternehmers verringert wird oder Betriebsanlagen ganz oder teilweise nicht benutzt werden sollen, falls dadurch bei weniger als 200 Arbeitern 10 Arbeiter, bei mindestens 200 Arbeitern 5%, jedenfalls aber mehr als 50 Arbeiter zur Entlassung kommen. Eine Betriebsänderung darf ohne Genehmigung der zuständigen Demobilisierungsbehörde, die gegebenenfalls zur Beschlagnahme und Enteignung gegen Entschädigung befugt ist, nicht vorgenommen werden. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafen bis zu 1 000 000 Mark und Gefängnis bis zu 1 Jahr bedroht.

Die Großindustriellen drohten die ganze Industrie auszulperren, wenn durch solche Verordnungen die Industrie unruhig werde, worauf Wiffel erklärte, „eine solche Verordnung ist zur Beruhigung der Arbeiterschaft nötig“.

Der Großindustrielle und „Demokrat“ von Siemens machte folgende Zusätze:

„Die Verordnung findet keine Anwendung, wenn nachweislich Mangel an Rohle, Betriebsstoffen, Rohstoffen trotz rechtzeitiger Vorlage des Betriebes vorliegt. — Wirtschaftliche Maßnahmen im Verkauf von Räumten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gelten nicht als Maßnahmen im Sinne dieser Verordnung.“

Diesen Vorschlägen stimmte Schweizer (Afa) namens der Arbeitnehmer zu, worauf einstimmige Annahme erfolgte. Mit diesem Beschluß hat der Reichswirtschaftsrat Stilllegungen und Betriebsbeschränkungen faktisch legalisiert; denn welchem Unternehmer wird es nicht möglich sein, der Bürokratie der Stimmregierung gegenüber Mangel an Rohle und Rohstoffen „nachzuweisen“. Der Reichswirtschaftsrat und die in ihm vertretenen „Arbeitervertreter“ haben damit ihre Aufgabe einer Reichsarbeitsgemeinschaft vollkommen erfüllt: Die Unternehmersabotage und Sabotage zu decken mit einer Papierverordnung, um so die Arbeitererschaft zu täuschen über die Notwendigkeit, ihrerseits den Kampf gegen die Herrschaft der Wirtschaft durch den Kapitalismus aufzunehmen.

Nicht eine Anmeldepflicht bei der korrumpierten kaiserlich-revolutionären Bürokratie kann die Fortführung der Produktion gewährleisten, sondern allein ihre Kontrolle durch die Arbeiterschaft und ihre Organe, die Betriebsräte, unter ihrer Führung muß der Kampf gegen die Wirtschaftsanarchie geführt werden um die Beherrschung der Produktion durch die Arbeiterklasse.

### Bankier-Tag.

Im Marmoraal des Zoologischen Gartens zu Berlin hat der „Allgemeine deutsche Bankiertag“ einige Tage Sitzungen abgehalten, Referate beinhaltet und Resolutionen gefaßt. Zwischen durch gab es Frühstücke und Spätsüßigkeiten mit Bier, mit besseren Flüssigkeiten und wohl auch mit einer verallgemeinernden Aufsichtsratsziqarre. Selbstverständlich hatte die bürgerliche Presse, deren Inseratengeschäft wesentlich von den Banken abhängt, die Laagna mit Wirtschaftsanalysen und Einladungen zu den Frühstücken und Spätsüßigkeiten erhalten. Die Zeit der geschlossenen, banknotenaesfüllten Briefumschläge ist zwar vorüber, aber die Banken sparen noch immer nicht an derartigen „Handlungsunkosten“.

Berfolgt man die Geschichte der Bankierveranstaltungen, so überdars eine unachtere Leere. Nur hier und da bemerkt man eine leise Ahnung der großen Zeitprobleme. Im Jahre 1912 beispielsweise sprach man von „karren antikapitalistischen Tendenzen“, von denen die nächsten Jahre erfüllt sein würden. Man forderte, Rießer an der Spitze, einen festen Zusammenschluß gegen den Sozialismus und man brante den Segen des Privatkredits. Selbstverständlich einen Zusammenschluß der Kräftigen, während man mit vielen schönen Reden den kleinen Privatbankier verteidigte und ihn in der Praxis in die Ecke quetschte.

Schon die letzten Jahre vor dem Kriege zeigten die ganze Fäulnis des Bankgeschäftes. Es entstand jener Kampf zwischen Reichsbank und Privatbanken, bzw. zwischen „Staatssozialismus“ und Privatkredit, der deutlich zeigte, daß die Banken nicht mehr imstande waren, die unsolide Spekulation an den Geld- und Effektenmärkten zu unterbinden, daß sie im Gegenteil selbst diese Spekulation förderten, indem sie durch ihre Konzentrationsgewalt die Geld- und Effektenmärkte zwecks außerordentlicher, völlig ungesunder Preiswillkürlichkeiten monopolisierten. Wer diese Entwicklung mit Aufmerksamkeit prüft, der weiß, daß die ökonomische Revolution Deutschlands schon damals in ein beschleunigtes Tempo geraten war.

Während des Krieges haben die Banken den ganzen großzügigen Kriegswirtschafts- und Finanzschwund mitgemacht. Nach das war ein Zeichen ihrer Ohnmacht gegenüber den Produktionsverhältnissen. Sie waren nicht imstande, diese Erfordernisse zu regeln, sie mußten sich zu Instrumenten des sogenannten „Milliardentreiblaufs“ herabwürdigen lassen. Wenn in der Sitzung des Bankiertages vom 28. Oktober der Geschäftsinhaber der Diskontogesellschaft, Dr. Georg Solmsien, die Finanzgebarung, d. h. die Anleiheraferei des Reiches im Kriege heftig kritisierte, so braucht man nur in die Kriegswirtschaftsberichte der Diskontogesellschaft zu blicken, um zu erkennen, wie wenig die Banken sich gegen jene Wirtschaft gewehrt haben. Die Bankverwaltungen haben alles nachgeplappert und mitgemacht, was die „offiziellen Stellen“ vorplapperten und forderten. Geradezu mit Fabel wird schon im Geschäftsbericht der Diskontogesellschaft für 1915 der Anleiherfolg des Reiches begründet. Es heißt dort: „So ist es möglich geworden, daß nach der ersten Kriegsanleihe im Jahre 1914, die 4,1 Milliarden erbrachte, im Berichtsjahre noch eine zweite von über 9 und eine dritte von über 12 Milliarden, im ganzen also über 25 Milliarden Mark zu steigenden Zeichnungspreisen aufgebracht werden konnten, ohne daß die Sparkraft des deutschen Volkes durch diese größten Geldleistungen der Weltgeschichte erschöpft worden wären.“

Das ist nicht nur ein Räumen und Bejubeln der Anleiherwirtschaft, sondern auch der Beweis eines Schiefbildes, wie er nur deutschen Bankiers eigen ist. Ganz wie der Reichsbankpräsident Hagenstein im Kriege die Aufblähungen des sogenannten „Nationalvermögens“ mit Reichsumserhöhung verwechselte, wird hier behauptet, daß die Zurücklegung von Papiergeld, die durch die Unproduktivität der Wirtschaft ermöglicht wurde, ein Zeichen der stabilen Sparkraft des deutschen Volkes war.

Fast sämtliche Großbankgeschäftsberichte der Kriegszeit enthalten berartige Symmen und Schiefheiten. Unter anderem der Geschäftsbericht der Dresdner Bank für 1917. Da seinerzeit die Banken wesentlich am Anleihergeschäft verdienten, haben sie selbstverständlich dieses Anleihergeschäft gelobt. Heute sitzen sie auf den Beständen und versuchen die Anleiherwirtschaft, deren Hauptstütze sie gewesen sind und weiter sein müssen. Sie wehren sich nun gegen die Resultate ihrer eigenen Tätigkeit, die dazu geführt hat, daß ihre Geschäfte sich immer weiter von der Produktion entfernten und immer enger mit den Kreditinteressen des Reiches, der Staaten und so fort zusammenwuchsen. Der Kampf gegen eine Reichswirtschaftsbank ist, unter anderem, ein Versuch der Banken, aus der behördlichen Umklammerung loszukommen. Sie haben sich bereitwillig den Behörden zur Verfügung gestellt, sie sind auf solche Weise sozusagen Filialen der Reichsbank geworden und fürchten nunmehr, daß die Konsequenzen daraus gezogen werden. Mit anderen Worten, sie fürchten die Verstaatlichung oder gar die Nationalisierung. So ist auch die Resolution des Bankiertages zu verstehen, die „vor einer weiteren bankmäßigen Entwicklung oder Ausgestaltung der Sparkassen und Girozentralen“ warnt. (Schluß folgt.)

## Provinz.

### Achtung!

**Landeshut.** Allen Kollegen und Kolleginnen zur Kenntnis, daß Donnerstag, den 4. November, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula der hiesigen Volksschule die wissenschaftlichen Vorträge für das Winterhalbjahr beginnen. Herr Medizinalrat Dr. Brieger wird in einer Reihe von Vorträgen über Hygiene und soziale Medizin sprechen. Mitgliedsarten für den ganzen Vortragskursus von 5 Mk., sowie Hörerkarten für Einzelvorträge zu 1,50 Mk. sind an der Abendkasse zu haben. Die Vorträge finden jeden Donnerstag statt. An der Arbeiterchaft liegt es nun, durch rege und pünktliche Teilnahme das Interesse zur Erweiterung des Wissens zu heben. Die Partei- und Gewerkschaftsvorstände werden ersucht, nach Möglichkeit Veranstaltungen an diesem Abend zu unterlassen. Der Bildungsausschuß.

### Proletarierlos.

**Gottschberg.** Eine Explosion mit Menschenverlust ereignete sich in der Ammoniakfabrik des von der Heydtschacht in Nieder-Permsdorf. Dort stieg ein Abreißapparat in die Luft und durchschlug das Dach der Fabrik. Beim Niedersturz der auseinandergerissenen Teile traf ein herabfallendes Stück den Arbeiter Lohmer am Kopf, welcher verunglückt und bei der Ueberführung in das Kreisphysikalische Lazarett verstarb. (Bresl. Ztg.)

### Lariffländigung.

Seitens des land- und forstwirtschaftlichen Arbeiterverbandes für die Provinz Schlesien wird mitgeteilt, daß der Provinzial-Lohnarbeitsvertrag für Landarbeiter für das Jahr 1920 samt den Bonus- und Anreizverträgen gekündigt worden ist, um Änderungen nach Maßgabe der Erfahrungen dieses Jahres vereinbaren zu können. Auch einige Landarbeiter-Delegationen haben in der Erkenntnis, daß der für dieses

